

# Die langfristige Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland

*Richard Hauser und Irene Becker*

## 1 Einführung

In einem seiner ersten Aufsätze setzte sich Hans-Jürgen Krupp mit dem Zusammenhang zwischen funktioneller Verteilung und personeller Verteilung auseinander. Er kritisierte die Dominanz der Analysen zur funktionellen Verteilung und stellte fest: „Es dürfte kein Zweifel daran bestehen, daß die funktionelle Einkommensverteilung für die Gesellschafts- und Sozialpolitik im engeren Sinne nur von sekundärer Bedeutung ist. Nur wenn man von der funktionellen Verteilung auf die personelle schließen könnte, wäre erstere sozial relevant“ (Krupp 1967, S. 3). Er zeigte dann, daß dieser Schluß in hochentwickelten Industriegesellschaften in die Irre führen kann und folgte aus diesem Ergebnis, daß eine Disaggregation des Haushaltssektors in mehrere, weniger heterogene Gruppen oder sogar das Zurückgehen auf die Mikroebene unumgänglich sei. Diese Schlußfolgerung gilt sowohl für die Beschreibung von Einkommensverteilungen und von deren Änderungen als auch für die Konstruktion von Modellen zur Erklärung der Verteilung, bei denen die Faktorbestände der Haushalte sowie deren Arbeitsangebots- und Ausgabeverhalten wichtige Bausteine darstellen.

Auf Modellentwicklung und Verteilungssimulationen, die Krupp in seiner 1968 erschienenen Habilitationsschrift zur „Theorie der personellen Einkommensverteilung“ vorgestellt hat, und die später in dem von ihm geleiteten Forschungsvorhaben „Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem“ (SPES-Projekt) und anschließend im Sonderforschungsbereich 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ an den Universitäten Frankfurt und Mannheim (Sfb 3) (Galler 1994) fortgeführt wurden, kann hier nicht eingegangen werden. Das Ziel dieses Beitrags ist ein viel bescheideneres: Die Beschreibung der Änderungen der personellen Einkommensverteilung von 1962/63 bis 1995 in der Bundesrepublik Deutschland, die ab 1990 auch die neuen Bundesländer um-

faßt. Eine derartige Darstellung bleibt immer noch weit hinter der von Krupp in seiner Studie „Möglichkeiten der Verbesserung der Einkommens- und Vermögensstatistik“ (1975) geforderten Verteilungsrechnung zurück, aber sie stellt wenigstens einen Schritt in diese Richtung dar.

Immerhin hat sich seit Veröffentlichung dieser Kruppschen Studie die Situation bei den der Wissenschaft für Verteilungsanalysen zur Verfügung stehenden Datenbeständen deutlich verbessert. Aber sie ist immer noch weit vom Wünschenswerten entfernt. In der „Frankfurter Datenbank“, deren Aufbau bereits im Sfb 3 begonnen wurde, sind nunmehr die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) 1962/63, 1969, 1973, 1978, 1983, 1988 und in Kürze auch die EVS 1993 in anonymisierter Form verfügbar. Ebenso sind alle Wellen (1984-1995) des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), das unter der Leitung Krupps im Sfb 3 in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung, München, entwickelt und ab 1989 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, als DFG-Projekt weitergeführt wurde, vorhanden (Wagner et al. 1994). Auf diese beiden Datenquellen stützen sich auch die folgenden Ausführungen.

Nimmt man die von Krupp (1975, S. 123-154) in seinen Vorschlägen für eine laufende Verteilungsrechnung aufgestellten Forderungen zum Maßstab, so muß man allerdings auch gegenwärtig noch vielfältige Defizite der verfügbaren Datensätze konstatieren:

- Die EVS vernachlässigten in den Jahren 1962/63 bis 1988 Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand; außerdem umfassen sie nicht: (a) Haushalte mit sehr hohen Einkommen, (b) Personen in Einrichtungen und (c) Nichtseßhafte. Die vom Statistischen Bundesamt zur Verfügung gestellten anonymisierten Datensätze (EVS 1973-1988) enthalten außerdem aus Datenschutzgründen keine Haushalte mit 7 und mehr Personen, und viele Merkmale sind durch Aggregation vergrößert bzw. durch nachträglich hinzugefügte Zufallsfehler leicht verzerrt. Das SOEP umfaßt zwar auch die seit langem anwesenden Ausländer und in Form einer Zusatzstichprobe auch die in den letzten Jahren neu zugewanderten Ausländer, es vernachlässigt aber ebenfalls weitgehend Personen in Einrichtungen sowie Nichtseßhafte. Die Repräsentativität im Hinblick auf eine ausreichende Erfassung von Haushalten mit sehr hohen Einkommen scheint ebenfalls problematisch (vgl. dazu aber Frick et al. 1997; Krause/Wagner 1997).
- Keine der beiden Stichproben ist mit den gesamtwirtschaftlichen Einkommensaggregaten abgestimmt. Die Nachweisquoten sind insbesondere bei den Ein-

kommen der Landwirte und Selbständigen sowie bei Kapitaleinkünften wesentlich schlechter als bei Lohneinkommen und Transfers (für die EVS vgl. Becker 1995). Die Vorschläge Krupps für ein statistisches Matching mit Steuerstatistiken u.ä. zur Ausfüllung dieser Lücken wurden bisher von amtlicher Seite nicht verwirklicht. Für die Wissenschaft bestehen immer noch unüberwindliche Datenschutzprobleme für ein derartiges Matching.

- Die Einkommensangaben sind zwar ausreichend differenziert, jedoch sind die Angaben zu den Vermögensbeständen in beiden Datenquellen sehr lückenhaft; ebensowenig ist eine lückenlose Verknüpfung zwischen Ersparnis, Wertänderungen am Vermögensbestand und Vermögenszugängen und -abgängen durch Vererbung, Schenkung, Zerstörung etc. möglich. Auch in Bezug auf den Vermögensbereich wurden die Vorschläge für ein Matching mit Vermögen- und Erbschaftsteuerstatistiken bisher nicht realisiert.

Dieser Einschränkungen der verfügbaren Datenquellen muß man sich bewußt sein, wenn im folgenden nunmehr einige Ergebnisse zur Entwicklung der personellen Einkommensverteilung präsentiert werden. Dabei wird zunächst die Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte vorgestellt, dann folgt eine Analyse der Verteilung von Wohlstandspositionen auf Personen, gemessen durch deren jeweilige Nettoäquivalenzeinkommen, und schließlich wird eine Aufspaltung der gesamten Ungleichheit in Intra- und Inter-Gruppen-Ungleichheit zwischen Personen in Haushalten mit unterschiedlicher sozialer Stellung der Bezugsperson des Haushalts vorgenommen. Angesichts der obenerwähnten Einschränkungen der Datenquellen kann man dabei generell davon ausgehen, daß die Aussagen über Entwicklungstendenzen geringere Fehlerspielräume aufweisen als die Angaben über absolute Niveaus von Durchschnittseinkommen oder Verteilungsmaßen.

## 2 Die Entwicklung der Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte

Die personelle Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte resultiert aus dem Wirtschaftsprozeß und den mit Hilfe von Steuern und Transfers verfolgten fiskal- und sozialpolitischen Zielen des Staates, wodurch die Primäreinkommensverteilung in die Sekundäreinkommensverteilung transformiert wird.

In groben Zügen läßt sich die die Primäreinkommensverteilung beeinflussende wirtschaftliche Entwicklung in der hier betrachteten Periode von 1962/63 bis 1995 folgendermaßen charakterisieren: Während in der ersten Dekade weitgehende Vollbeschäftigung - mit Ausnahme eines kleinen Einbruchs 1967/68 - herrschte, im Durchschnitt hohe Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts erreicht wurden und zunächst mäßige, dann höhere Inflationsraten zu verzeichnen waren, schlug die Entwicklung seit der ersten Ölkrise 1974 um. In den folgenden Jahren bis zum Regierungswechsel 1982 lagen die Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts im Durchschnitt deutlich niedriger, die Arbeitslosenquote stieg von 1,2 % (1973) auf 7,5 % (1982), und die Inflationsraten lagen weit über dem Niveau der vorhergehenden Dekade. In den folgenden Jahren bis zur Wiedervereinigung 1990 hielt der mäßige Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts an, die Arbeitslosigkeit nahm zunächst weiter zu und ging aber dann wieder auf das 1982 erreichte hohe Niveau zurück, während die Inflationsraten auf ein niedriges Niveau absanken. Nach einem kurzen Wiedervereinigungsboom in Westdeutschland und dem mit dem Systemwechsel verbundenen starken Produktionseinbruch in den neuen Bundesländern folgte ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit im Westen und eine extreme Arbeitslosigkeit im Osten, die 1995 zu einer gesamtdeutschen Arbeitslosenquote von 10,4 % führte. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im Westen bei mäßigen Preisniveausteigerungen langsam weiter an und im Osten erholte sich die Produktion bei starken Preissteigerungen allmählich.

Als wichtige Reformen des westdeutschen Systems der sozialen Sicherung, die die Sekundäreinkommensverteilung maßgeblich beeinflusst haben dürften, sind zu nennen (Frerich/Frey 1996): Die Einführung oder Erhöhung steuerfinanzierter Transfers (Sozialhilfe, Wohngeld, Familienlastenausgleich, Ausbildungsförderung) sowie die verschiedenen Verbesserungen in den Sozialversicherungen, insbesondere die Rentenreform 1972, sowie die Dynamisierung vieler Sozialleistungen, die Ausweitung der Arbeitsförderung, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Verbesserung der Bedingungen für Betriebsrenten. In den 80er Jahren wurde dann allerdings die Tendenz zur Ausweitung und Verbesserung von Sozialleistungen in eine restriktive Richtung umgesteuert. Zu nennen sind hier insbesondere die Einführung der Nettoanpassung und der Krankenversicherungsbeiträge in der Rentenversicherung, Einschränkungen bei der Absicherung gegen Arbeitslosigkeit und Unterlassung von Anpassungen bei nicht dynamisierten Sozialleistungen. Schließlich wurden im Zuge der Wiedervereinigung die westdeutschen Systeme mit wenigen zusätzlichen Sonderregelungen zugunsten der Arbeitslosen und der Rentner auf die neuen Bundesländer übertragen (Hauser et al. 1996).

A priori würde man erwarten, daß sich die genannten großen Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung und die steuer- und sozialpolitischen Reformen auch in entsprechenden Änderungen der personellen Verteilung der Primäreinkommen und der Sekundäreinkommen, d.h. der Nettoeinkommen, ausgewirkt haben. Allerdings würde die Betrachtung der einzelnen Ebenen des Verteilungsprozesses hier zu weit führen. Wir beschränken uns deshalb auf die Ebene der Sekundärverteilung, auf der sich sowohl Änderungen der Primärverteilung als auch die ausgleichende Wirkung des Systems der sozialen Sicherung und des Steuersystems niederschlagen. Tabelle 1 zeigt die Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte, gemessen mit Hilfe von vier zusammenfassenden Verteilungsmaßen: dem Gini-Koeffizienten, dem Atkinson-Maß, dem Theil-Maß und den Quintilsanteilen.

Als erstes bemerkenswertes Ergebnis ist festzuhalten, daß die personelle Verteilung der Sekundäreinkommen auf Haushalte trotz der großen wirtschaftlichen Schwankungen nur geringe Veränderungen erfuhr, also als recht stabil gekennzeichnet werden kann. Als zweites Ergebnis kann man konstatieren, daß alle Verteilungsmaße den gleichen schwachen Trend andeuten: Von Beginn der 60er Jahre bis Mitte der 70er Jahre ging die Ungleichheit in der Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte leicht zurück, während sie anschließend bis 1988 wieder etwas anstieg. Insgesamt gesehen halten sich diese trendmäßigen Verteilungsänderungen aber in engen Grenzen. Dies kann man auch dahingehend interpretieren, daß das System der sozialen Sicherung - zusammen mit den weniger leicht durchschaubaren Effekten der zunehmenden Erwerbsbeteiligung der Frauen und der Verringerung der durchschnittlichen Haushaltsgröße - einen starken, ausgleichenden Einfluß ausübte.

*Tabelle 1:* Verteilungsmaße<sup>1</sup> zur Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen<sup>2</sup> 1962 bis 1988 - Bezugseinheiten: Haushalte -

Verteilungsmaße	1962/63	1969	1973	1978	1983	1988
Gini-Koeffizient	0,323	0,321	0,309	0,313	0,327	0,329
Atkinson-Maß e = 1	0,173	0,165	0,154	0,157	0,171	0,170
Theil-Maß	0,190	0,181	0,168	0,171	0,187	0,186

Quintilsanteile in %						
1. Quintil	7,1	7,1	7,2	7,2	6,9	7,0
2. Quintil	13,2	12,9	13,1	12,8	12,2	12,0
3. Quintil	17,4	17,6	18,1	17,9	17,6	17,3
4. Quintil	22,5	23,2	23,6	23,8	24,1	23,9
5. Quintil	39,8	39,3	38,0	38,3	39,2	39,7

- 1 Beim Gini-Koeffizienten, dem Atkinson-Maß und dem Theil-Maß bedeutet der Wert von 0 Gleichverteilung; je höher die Maßzahl liegt, desto größer ist die Ungleichheit der Verteilung. Die Maße unterscheiden sich hinsichtlich der jeweils implizit zugrunde liegenden sozialen Wohlfahrtsfunktion, so daß der Gini-Koeffizient die größte Sensitivität bei Veränderungen im mittleren Einkommensbereich aufweist, während das Atkinson- und das Theil-Maß stärker auf Änderungen im unteren Einkommensbereich reagieren. Bei der Quintilsdarstellung ist Gleichverteilung durch gleiche Anteile am Gesamteinkommen von jeweils 20% gekennzeichnet. Vgl. Faik (1995), S. 293 - 314.
- 2 Die EVS-Ergebnisse basieren auf dem (aus einzelnen Komponenten errechneten) Jahreseinkommen (einschl. Mietwert von selbstgenutztem Wohneigentum) und beziehen sich auf Haushalte mit deutschem Haushaltsvorstand.

*Quelle:* Frankfurter EVS-Datenbank; eigene Berechnungen.

Während diese Trendaussagen verlässlich erscheinen, dürfte das Ausmaß der tatsächlichen Ungleichheit durch diese auf unbereinigten und nicht ergänzten EVS-Daten beruhenden Berechnungen unterschätzt sein. Diese Vermutung läßt sich nicht nur aus den eingangs erwähnten Beschränkungen der Stichprobe ableiten, sondern findet auch eine Stütze in der Habilitationsschrift Krupps, in der er auf der Basis verschiedener Originärstatistiken und Modellrechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, sowie des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen, eine mit den gesamtwirtschaftlichen Aggregaten abgestimmte Verteilungsdarstellung für das Jahr 1960 entwickelte und zu einem Wert des Gini-Koeffizienten in Höhe von 0,401 kam (Krupp 1968, S. 174); denn angesichts der Stabilität der Einkommensverteilung ist es äußerst unwahrscheinlich, daß es sich bei dem Rückgang des Gini-Koeffizienten auf 0,323 (vgl. Tabelle 1) innerhalb von zwei bis drei Jahren allein um ein reales Phänomen handelte.

Die deutsche Wiedervereinigung führte zu einer deutlichen Zäsur. In den alten Bundesländern ergaben sich zum einen neue ökonomische Chancen für westdeutsche Unternehmen und Arbeitskräfte, zum anderen führte dieser historische Vor-

gang zu starken Belastungen durch die erforderlich werdenden West-Ost-Transfers, die sich pro Jahr auf rund 5 % des westdeutschen Bruttosozialprodukts belaufen. Im Anstieg der Sozialleistungsquote in den alten Bundesländern von 29,2 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1990 auf 34,1 % für Gesamtdeutschland im Jahr 1995 kommt dieses Ausmaß an zusätzlichen Übertragungen nur teilweise zum Ausdruck. In den neuen Bundesländern ergaben sich einerseits für wanderungsbereite Personen ebenfalls neue Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten, während andererseits die Produktionseinbrüche und die vielfältigen Umstellungserfordernisse zu häufigen Abstiegen auf der Einkommensskala führten (Müller/Frick 1997). Mit Sicherheit ist hierdurch die Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte in den beiden Landesteilen maßgeblich beeinflusst worden, wenn auch in den neuen Bundesländern die Effekte des Systemwechsels nicht von den Auswirkungen der Wiedervereinigung getrennt werden können. Tabelle 2 gibt auf Basis einer anderen Datenquelle, mit einem etwas anderen Nettoeinkommenskonzept und unter Einbeziehung der Ausländer die entsprechenden Werte der Verteilungsmaße für den Zeitraum von 1990 bis 1995 wieder.

Angesichts der unterschiedlichen Datenquellen und Konzepte sind die Ergebnisse für die Jahre 1988 in Tabelle 1 und 1990 in Tabelle 2 nicht direkt vergleichbar. Auch bei der Interpretation der Ergebnisse für das Jahr 1990 für Ostdeutschland, die kurz vor der Währungsunion erhoben wurden, könnte man Zweifel hegen, ob Einkommensrelationen in Mark der DDR mit Einkommensrelationen in D-Mark vergleichbar sind, da doch in der DDR andere Preisrelationen herrschten und einerseits ein zu geringes und teilwei-





se qualitativ ungenügendes Angebot bestand, andererseits aber verschiedene Gruppen Privilegien genossen. Es konnte allerdings gezeigt werden, daß sich hierdurch gegenläufige Effekte ergaben, so daß die Gesamtverteilung nur wenig beeinflußt wurde (Hauser/Wagner 1996). Betrachtet man die Veränderungen der Verteilungsmaße daher „at face value“, so kann man von 1990 bis 1995 sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern keine trendmäßige Entwicklung, sondern nur leichte Schwankungen im Ausmaß der Ungleichheit feststellen. Die bisherige Entwicklung in den neuen Bundesländern hat also noch nicht zu einem so hohen Ausmaß an Einkommensungleichheit auf der Haushaltsebene wie in den alten Bundesländern geführt. Bei den von Jahr zu Jahr sichtbar werdenden geringen Schwankungen des Gini-Koeffizienten und der anderen Verteilungsmaße muß allerdings offen bleiben, inwieweit hierdurch tatsächliche Verteilungsänderungen indiziert werden und inwieweit es sich nur um Stichproben- und Erhebungsfehler und andere Ungenauigkeiten (noise) handelt.

### 3 Wohlstandsorientierte Verteilung zwischen Personen

Die Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte ergibt noch keine zutreffende Information über die Verteilung des „Wohlstandes“ auf Personen, d.h. der mit Hilfe des Einkommens zu erzielenden Bedürfnisbefriedigung der einzelnen Haushaltsmitglieder; denn bei dieser Betrachtungsweise wird vernachlässigt, daß Haushalte eine unterschiedliche Zahl von Mitgliedern und Mitglieder unterschiedlichen Alters aufweisen können. Die Mitglieder zweier Haushalte gleichen Einkommens, aber unterschiedlicher Größe, erreichen daher nicht das gleiche Niveau an Bedürfnisbefriedigung, d.h. gleichen Nutzen. Ihre gleichrangige Einordnung auf der Einkommensskala wäre deshalb bei einer wohlstandsorientierten Betrachtung unzutreffend. Aus diesem Grund ist auch die Bezeichnung „personelle Verteilung“ für die Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte irreführend. Um die Mitglieder von Haushalten unterschiedlicher Größe zutreffend in eine Wohlstandsskala einordnen zu können, ist eine fiktive Aufteilung des Haushaltseinkommens erforderlich. Unter den Annahmen der „Einkommenspoolung“, der „Wohlstandsgleichverteilung“, der „Bedürfnisunterschiede zwischen Kindern und Erwachsenen“ und der „Einsparungen beim gemeinsamen Wirtschaften im Haushalt“ läßt sich diese fiktive Aufteilung des Haushaltsnettoeinkommens mit Hilfe einer Äquivalenzskala vornehmen (Hauser 1995).

Wie neuere Untersuchungen für die Bundesrepublik gezeigt haben (Faik 1997), kommt die ältere OECD-Skala, die dem Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1,0, weiteren Haushaltsmitgliedern über 14 Jahre Gewichte von 0,7 und Kindern bis 14 Jahre Gewichte von 0,5 zuordnet, den institutionellen Gegebenheiten in der Bundesrepublik sehr nahe. Diese Skala wird daher im folgenden verwendet, um das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen jedes Haushaltsmitglieds zu errechnen und dann alle Personen entsprechend der Höhe des so ermittelten „Nettoäquivalenzeinkommens“ zu ordnen. Auf diese Weise gelangt man zu einer Verteilung, auf die die Bezeichnung „personelle Einkommensverteilung“ oder noch genauer: „personelle Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen“ tatsächlich zutrifft; daß es auch bei dieser Vorgehensweise einige methodische Probleme gibt, soll hier nur erwähnt, aber nicht weiter verfolgt werden.

Geht man von dieser Sichtweise aus, so kann man fragen, ob die Ergebnisse, die in Bezug auf die Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte abgeleitet wurden, sich bei der Betrachtung der „wahren“ personellen Verteilung bestätigen oder ob Modifikationen anzubringen sind. Tabelle 3 zeigt für dieselben Stichjahre wie die Tabellen 1 und 2 die Verteilungsmaße für die personelle Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen.

Die folgenden wichtigen Ergebnisse lassen sich aus Tabelle 3 ersehen:

- Die Ungleichheit der personellen Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen ist wesentlich geringer als die Ungleichheit der Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte; dieser Unterschied beruht vor allem darauf, daß mit steigendem Nettoeinkommen auch die Haushaltsgröße zunimmt.
- Bei dieser Betrachtungsweise der personellen Verteilung zeigt sich in der Periode von 1962/63 bis 1988 ein leicht u-förmiger Verlauf der Verteilungsmaße mit einem Tiefpunkt Mitte der 70er Jahre. Der Umkehrpunkt korrespondiert mit dem erstmaligen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dieser Verlauf ist stärker ausgeprägt als bei der Verteilung auf Haushalte.
- Seit der Wiedervereinigung hat sich in den alten Bundesländern der Trend zur Vergrößerung der Ungleichheit verstärkt; denn die Zunahme der Ungleichheitsmaße in den fünf Jahren von 1990 bis 1995 war deutlich größer als in der Dekade von 1978 bis 1988. Die Zunahme der Un-



gleichheit in den neuen Bundesländern war noch stärker ausgeprägt, aber ausgehend von einem geringeren Niveau der Ungleichheit in der DDR wurde bisher das Ausmaß an Ungleichheit in den alten Bundesländern noch nicht erreicht. Diese Zunahme der Ungleichheit bei der „wahren“ personellen Verteilung steht in deutlichem Kontrast zu der weitgehenden Stabilität der Verteilung auf der Haushaltsebene.

- Insgesamt gesehen kann man auch hier die Feststellung treffen, daß die starken Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität und der mit der Wiedervereinigung verbundene Umbruch nur sehr abgeschwächt auf die personelle Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen als der „wahren“ personellen Verteilung durchgeschlagen haben. Diese starke Dämpfungswirkung dürfte im wesentlichen dem System der sozialen Sicherung zuzuschreiben sein. Allerdings wird auch sichtbar, daß - wie viele Kritiker der in den letzten Jahren vorgenommenen Einschränkungen behauptet haben - die Sicherungsfunktion des Systems deutlich geschwächt worden ist.

Wie internationale Vergleiche der trendmäßigen Entwicklung der personellen Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen zeigen (Gottschalk/Smeeding 1997), ist dieser U-förmige Verlauf des Trends von Verteilungsmaßen auch bei mehreren anderen Industrieländern zu beobachten: Nach dem Ende des II. Weltkriegs nahm die Ungleichheit in der personellen Verteilung der Nettoeinkommen bis Mitte/Ende der 70er Jahre mehr oder minder stark ab, um dann in einen Anstieg umzuschlagen, der in manchen Fällen die vorhergehende Verminderung wieder völlig rückgängig machte. Besonders ausgeprägt ist dieses Muster im Vereinigten Königreich und in den USA, aber auch Schweden und die Niederlande zeigen einen ähnlichen Verlauf. Dieser Umschlag könnte einen grundlegenden Wandel signalisieren, der auf der zunehmenden Globalisierung der Weltwirtschaft, auf den abnehmenden Einflußmöglichkeiten nationaler Sozial- und Steuerpolitik und auch auf den veränderten politischen Grundstimmungen beruht.

#### 4 Intra-Gruppen-Ungleichheit und Inter-Gruppen-Ungleichheit zwischen Personen in Haushalten mit Bezugspersonen unterschiedlicher sozialer Stellung

Bei verteilungs- und sozialpolitischen Debatten wird häufig auf sozio-ökonomische Gruppen Bezug genommen, wenn die Auswirkungen einzelner begünstigender oder belastender Maßnahmen gegeneinander abgewogen werden sollen. Auch bei dieser Disaggregation der Gesamtheit der Haushalte nach der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände bzw. der Bezugspersonen kann man sich - ähnlich wie bei der Betrachtung der beiden Einkommenskategorien „Einkommen aus unselbständiger Arbeit“ und „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ bzw. den Anteilsgrößen „Lohnquote“ und „Gewinnquote“ - fragen, inwieweit eine derartige Disaggregation die Heterogenität der Empfängergruppen soweit reduziert, daß gruppenbezogene Aussagen zu wesentlichen Informationsgewinnen in der Debatte führen und damit für rationale politische Entscheidungen hilfreich sind. Überdies wäre es wichtig, zu wissen, ob sich die Heterogenität der nach sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes abgegrenzten Gruppen im Zeitablauf wesentlich erhöht oder vermindert hat, weil im ersteren Fall eine früher möglicherweise akzeptable Vereinfachung obsolet geworden sein könnte.

Zur Klärung dieser Frage stützen wir uns auf das Theilsche Ungleichheitsmaß, das in der Weise zerlegbar ist, daß die gemessene Gesamtungleichheit einer Verteilung in Intra-Gruppen-Ungleichheit und Inter-Gruppen-Ungleichheit aufgespalten werden kann. Als Ausgangsverteilung wird wiederum die personelle Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen herangezogen; die Personen werden nach der sozialen Stellung der Bezugsperson des Haushalts, in dem sie leben, gruppiert. Es werden acht soziale Stellungen unterschieden: „Landwirt“, „sonstiger Selbständiger“, „Beamter“, „Angestellter“, „Arbeiter“, „Arbeitsloser“, „Nichterwerbstätiger über 64 Jahre“, „Sonstiger Nichterwerbstätiger“. Um die Darstellung nicht zu überlasten, werden lediglich die Bezugsjahre 1969 und 1988 ausgewählt, die damit eine zwanzigjährige Periode umspannen. Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse dieser Disaggregation:

*Tabelle: 4:* Intra- und Inter-Gruppen-Ungleichheit der personellen Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen<sup>1</sup> bei einer Disaggregation nach der sozialen Stellung der Bezugsperson des jeweiligen Haushalts

Soziale Stellung der Bezugsperson	Gruppenspezifisches Teil-Maß	
	1969	1988
Landwirt	0,075	0,081
Sonstiger Selbständiger	0,173	0,139
Beamter	0,070	0,112
Angestellter	0,084	0,083
Arbeiter	0,056	0,055
Arbeitsloser	*	0,144
Nichterwerbstätiger über 64 Jahre	0,109	0,088
Sonstiger Nichterwerbstätiger	0,093	0,108
Intra-Gruppen-Ungleichheit <sup>2</sup>	77,5 %	83,0 %
Inter-Gruppen-Ungleichheit <sup>3</sup>	22,5 %	17,0 %

1 Zur Definition des Nettoäquivalenzeinkommens vgl. Fußnote 2 in Tabelle 3.

2 Anteil der gruppeninternen Ungleichheiten der Verteilung (d.h. der Summe der mit ihren Bevölkerungsanteilen gewichteten gruppenspezifischen Teil-Maße) am insgesamt gemessenen Teil-Index (in %).

3 Anteil der zwischen den Gruppen bestehenden Ungleichheit der Verteilung (d.h. des fiktiven Wertes des Teil-Maßes im hypothetischen Fall von Gleichverteilung innerhalb der Gruppen) am insgesamt gemessenen Teil-Index (in %).

*Quellen:* Frankfurter EVS-Datenbank; eigene Berechnungen.

Aus Tabelle 4 läßt sich ablesen:

- Die Ungleichheit innerhalb der sozio-ökonomischen Gruppen unterscheidet sich deutlich: Geringe Ungleichheit untereinander wiesen 1969 die Personen in Haushalten mit einem Arbeiter, einem Beamten und einem Landwirt als Bezugsperson auf; besonders große Ungleichheit bestand zwischen Personen in Haushalten von Sonstigen Selbständigen.
- Überraschenderweise bestand 1988 die größte Ungleichheit unter Personen in Arbeitslosen-Haushalten (für 1969 keine Angaben verfügbar), während die Ungleichheit unter den Personen in Haushalten Sonstiger Selbständiger zurückging. Ebenso ging die Ungleichheit unter den Personen in Altenhaushalten

zurück, während sie unter den Personen in Beamtenhaushalten anstieg. Bei den Gruppen mit Landwirten, Angestellten, Arbeitern und Sonstigen Nichterwerbstätigen als Bezugsperson gab es nur geringe Veränderungen der Intra-Gruppen-Ungleichheit.

- Bereits 1969 war die Bezugnahme auf nach sozialer Stellung der Bezugsperson disaggregierte Gruppen in verteilungspolitischen Debatten eine zu grobe Vereinfachung, wie das Verhältnis von Intra-Gruppen-Ungleichheit zu Inter-Gruppen-Ungleichheit zeigt. 77,5 % der gesamten Ungleichheit beruhte auf Ungleichheit innerhalb der Gruppen und nur 22,5 % war auf Unterschiede zwischen den Gruppen zurückzuführen. Dieses Verhältnis hatte sich bis 1988 noch weiter auf 83,0 % zu 17,0 % auseinander entwickelt.

Aufgrund dieser Ergebnisse kann man feststellen, daß die Bezugnahme auf in dieser Form abgegrenzte sozio-ökonomische Gruppen inzwischen eine höchst problematische Vereinfachung bei verteilungs- und sozialpolitischen Debatten darstellt. Ein Zurückgehen auf die Mikroebene bei der Analyse verteilungswirksamer Maßnahmen im Bereich der Sozial- und Steuerpolitik ist für die Gewinnung ausreichender Informationen unabdingbar. Diese bereits von Krupp vor nunmehr 30 Jahren vertretene Ansicht hat infolge der Wandlungen, denen die Gesellschaft in der Zwischenzeit unterlag, weiter an Gewicht gewonnen.

## Literatur

- Becker, Irene (1995), *Stabilität in der Einkommensverteilung - Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung*, EVS-Projekt, Goethe-Universität Frankfurt a. M. FB Wirtschaftswissenschaften, Arbeitspapier Nr. 6.
- Faik, Jürgen (1994), *Äquivalenzskalen, Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland*, Berlin.
- Faik, Jürgen (1997), Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen - Eine Modifizierung der Sozialhilfeskala, in: Becker, Irene/Hauser, Richard (Hrsg.), *Einkommensverteilung und Armut*, Frankfurt a.M., New York.
- Frerich, Johannes und Martin Frey (1996), *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Band 3: Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herstellung der Deutschen Einheit*, 2. Aufl., München, Wien.
- Frick, Joachim, Krause, Peter und Gert Wagner (1991), Einkommensverteilung, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), *Datenreport 1997*, Bonn, S. 502-514.
- Galler, Heinz P. (1994), Mikrosimulationsmodelle in der Forschungsstrategie des Sonderforschungsbereichs 3, in: Hauser, Richard/Ott, Notburga/Wagner, Gert (Hg.), *Mikroanaly-*

- tische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Band 2, Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation*, Berlin, S. 369-379.
- Gottschalk, Peter and Timothy M. Smeeding (1997), Empirical Evidence on Income Inequality in Industrialized Countries, Luxembourg Income Study, *Working Paper No. 154*, Luxembourg.
- Hauser, Richard (1995), Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), *Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel*, Bd. 29 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart, S. 13-38.
- Hauser, Richard, Wolfgang Glatzer, Stefan Hradil, Gerhard Kleinhenz, Thomas Olk und Eckart Pankoke (1996), *Ungleichheit und Sozialpolitik, Berichte zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland*, Opladen.
- Hauser, Richard und Gert Wagner (1996), Die Einkommensverteilung in Ostdeutschland - Darstellung, Vergleich und Determinanten für die Jahre 1990 bis 1994, in: Hauser, Richard (Hg.), *Sozialpolitik im vereinten Deutschland III, Familienpolitik, Lohnpolitik und Verteilung*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 208/III, Berlin, S. 79-127.
- Krause, Peter und Gert Wagner (1997), Einkommens-Reichtum und Einkommens-Armut in Deutschland - Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), in: E.-U. Huster (Hg.), *Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Auflage, Frankfurt und New York., S. 65-88.
- Krupp, Hans-Jürgen (1967), „Personelle“ und „funktionelle“ Einkommensverteilung, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 180, S. 1-35
- Krupp, Hans-Jürgen (1968), Theorie der personellen Einkommensverteilung, Allgemeine Grundlagen und verteilungspolitische Simulationen, *Volkswirtschaftliche Schriften*, Heft 127, Berlin.
- Krupp, Hans-Jürgen (1975), Möglichkeiten der Verbesserung der Einkommens- und Vermögensstatistik, *Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel*, Bd. 50, Göttingen.
- Müller, Klaus und Joachim Frick (1997), Die Äquivalenzeinkommensmobilität in den neuen und alten Bundesländern 1990 bis 1994, in: Hradil, Stefan und Eckart Pankoke (Hg.), *Aufstieg für alle?, Beiträge zu den Berichten zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland*, Opladen, S. 103-154.
- Wagner, Gert, Jürgen Schupp und Rendtel (1994), Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) - Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt, in: Hauser, Richard, Notburga Ott und Gert Wagner (Hg.) *Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Band 2 Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation*, Berlin, S. 70-112.